

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**Kommunale Gesundheitskonferenz**  
am Mittwoch, **15.06.2022**, 15:00 Uhr - 17:20 Uhr,  
Hauptausschusszimmer, 1. Etage, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren: s. Anlage 01

### **Tagesordnung**

#### **Öffentliche Sitzung**

1. **Begrüßung**
2. **Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.06.2021**
3. **Mitteilungen der Geschäftsstelle**
4. **Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)**
5. **Rettungsdienstbedarfsplan**
6. **Bericht über die Entschließung der Landesgesundheitskonferenz (LGK)**
7. **"Ernährung: Gesundheit und Klimaschutz" als Jahresthema 2022?**
8. **Gesundheitliche Aspekte der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine**
9. **Einrichtungsbezogene Impfpflicht gem. § 20a Infektionsschutzgesetz (IfSG)**
10. **Bericht über die Arbeit der Koordinierenden COVID-Impfeinheit (KoCi-Team)**
11. **Verschiedenes**

**Punkt 1 der Tagesordnung****Begrüßung**

Frau Stadträtin Wilkens begrüßt als Vorsitzende die Teilnehmenden.

**Punkt 2 der Tagesordnung****Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.06.2021**

Das Protokoll der Sitzung am 16.06.2021 wird genehmigt. Hinsichtlich der Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

**Punkt 3 der Tagesordnung****Mitteilungen der Geschäftsstelle**

a) Projektgruppe „Was haben wir aus der Pandemie gelernt?“ (Frau Dienenhofen)

Frau Dienenhofen berichtet über den Stand des Projektes (Anlage 02).

Die Projektgruppe tagte 2021 und legte gemeinsam fest, dass die Befragung zum Ziel einer optimalen gesundheitlichen Versorgung / Beratung / Begleitung / Aufklärung / Information der Bevölkerung in einer Pandemie sowie zum Erkennen von Handlungsbedarfen in der Gesundheitsförderung und –versorgung als Folge der Pandemie und im Sinne der Resilienz für künftige Pandemien genutzt werden soll.

Die Befragung ist auf verschiedene Akteure aus dem Gesundheitssektor mittels passwortgeschütztem Online-Fragebogen ausgelegt. Zielgruppen sind die Mitglieder und die vertretenen Einrichtungen und Institutionen der KGK und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG).

Die Mitglieder der KGK bestätigen ihre Bereitschaft Link zur Online-Befragung an die von Ihnen vertretenen Einrichtungen und Institutionen weiterzuleiten und für die Teilnahme an der Befragung zu werben.

Erste Ergebnisse sollen Ende 2022 an die Projektgruppe und notwendige Handlungsempfehlungen 2023 der KGK vorgestellt und anschließend veröffentlicht werden.

b) Projekt „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ (Frau Heitkötter)

Frau Heitkötter berichtet über das Projekt „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ (Anlage 03), das trägerübergreifend vom Institut für Geografie der WWU und der Stadt Münster (Wissenschaftsbüro bei Münster Marketing und Gesundheitsamt) umgesetzt und für 5 Jahre von der Techniker Krankenkasse gefördert wird.

Ziel des Projektes ist es die gesundheitliche Chancengleichheit durch Integration des Themas „Gesundheit bzw. gesunde Lebenswelten“ in die moderne Stadtentwicklung zu stärken. Der Prozess ist stark partizipativ angelegt.

Die Partizipationsprozesse werden aktuell in drei Stadtteilen mit ganz unterschiedlichen Strukturen umgesetzt: Berg Fidel, Coerde und Hansaviertel.

Im Rahmen von Gesundheitsforen und Bürger\*innenworkshops werden 2022 gemeinsam Talente, Chancen und Entwicklungsbedarfe im jeweiligen Stadtteil identifiziert. Der Begriff Gesundheit wird dabei weitgreifend definiert: z.B. Wohnraumqualität, Wohnraumversorgung, Lärm, Einsamkeit, Diskriminierung, Sport, Bewegung, Ernährung.

Im Hansaviertel haben bereits zwei Gesundheitsforen und ein Bürger\*innenworkshop stattgefunden. Themenschwerpunkte waren insbesondere Verkehr, Lärm, fehlende Grünflächen, Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements und stärkere Unterstützung durch hauptamtliches Personal.

In Berg Fidel haben ein Gesundheitsforum und ein kleiner Bürger\*innenworkshop im Rahmen des Stadtteilgeburts tags stattgefunden. Themenschwerpunkte waren hier

insbesondere Wohnen (Enge, Schimmel etc.), fehlende Grünflächen, Sport, Diskriminierung und soziale Teilhabe.

In Coerde wird der Ablauf angepasst, da dort bereits sehr viele Projekte umgesetzt werden, Parallelstrukturen vermieden und Synergien genutzt werden sollen. (Nähere Informationen wurden im nächsten Bericht unter TOP 3.c) dargestellt.)

Die Inhalte und Erfahrungen aus den Veranstaltungen werden zusammengetragen, so dass zukünftige Entwicklungspfade von Münster als „Gesunder Stadt“ auf einer stadtweiten Konferenz im Frühjahr 2023 gemeinsam mit Vertreter\*innen aus den Stadtteilen, der Stadt, Verwaltung und wissenschaftlichen Expert\*innen diskutiert werden können.

Das aus dem Projekt resultierende kommunale Handlungsprogramm soll dann ab 2026 als Teil der Stadtentwicklung fest in allen Politikfeldern der Stadt verankert werden.

c) Handlungsempfehlungen „Sport, Bewegung und Gesundheit“ (Frau Heitkötter)

Frau Heitkötter berichtet über den Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen „Sport, Bewegung und Gesundheit“ aus dem Jahr 2021 (Anlage 04).

Bislang nicht oder nicht vollständig umgesetzt wurde:

- „Anzeige von Fußwegezeiten an Bushaltestellen“  
aufgrund der Komplexität des Busliniennetzes. Allerdings kann in der muenster:app der Parameter so ausgewählt werden, dass auch der Fußweg angezeigt wird, wenn dieser eine Zeitersparnis gegenüber der Fahrt mit dem Bus bedeutet.
- Weiterhin konnte aufgrund der Corona-Pandemie der Punkt „Verwaltung in Bewegung“ nicht vollständig umgesetzt werden. Einzelne Aspekte wie z.B. die bewegte Mittagspause oder die Teilnahme der Stadtverwaltung beim Stadtradeln erfolgen aber schon, initiiert und umgesetzt durch das Betriebliche Gesundheitsmanagement der Stadt.

Umgesetzt wurden folgende Empfehlungen:

- Veranstaltung „Gesund und Aktiv – Älter werden in MS“  
zum Schwerpunktthema Bewegung, die bereits 2019 stattfand. Gemeinsame Veranstalter waren das Gesundheitsamt und die Volkshochschule der Stadt, die Kommunale Seniorenvertretung, die Selbsthilfe-Kontaktstelle sowie der Stadtsportbund. Die mit fast 300 Personen bestbesuchte Veranstaltung dieser Reihe hatte offensichtlich die Interessen des Publikums getroffen. Die Stimmung war hervorragend und alle Workshops waren gut besucht.
- Sport- und Bewegungskordinator/-in für Coerde  
Das Projekt „Coerde in Bewegung“ wird trägerübergreifend umgesetzt, vom Gesundheitsamt, dem Stadtsportbund (SSB) und dem Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen NRW (VSE). Es wird über die Gelder des Präventionsgesetzes für 3 Jahre von den gesetzlichen Krankenkassen/-verbänden NRW gefördert. Es wurden zwei Sport- und Bewegungskordinatorinnen eingestellt, 20 Stunden beim VSE, 10 Stunden beim SSB. Derzeit stehen insbesondere die Schulen im Fokus, wo bereits erste Maßnahmen umgesetzt werden. Ziel ist es, nachhaltige Strukturen über Multiplikator\*innen und Akteure im Stadtteil zu schaffen und vorhandene Ressourcen zu nutzen und auszubauen. Alle Akteure zeigen sich sehr offen und engagiert, Prozesse im Sinne des Projektes mit anzustoßen und mitzutragen.

Folgende Empfehlungen befinden sich im Umsetzungsprozess:

- Bewegung im öffentlichen Raum als institutionalisiertes, von Verwaltung und Politik getragenes Kriterium in der Stadtplanung  
Diese Empfehlung wird in mehreren Prozessen umgesetzt. So arbeiten die Projektteams „Coerde in Bewegung“ und „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ eng in Coerde zusammen. Sie tauschen Erkenntnisse aus und arbeiten gemeinsame Themen aus, für

deren Bearbeitung die Synergien der Projekte besonders hilfreich sind. Die Erkenntnisse aus dem Projekt „Coerde in Bewegung“ fließen in die Erstellung des Handlungsprogramms von „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ ein. Sport und Bewegung soll als ein Thema in das kommunale Handlungsprogramm aufgenommen werden, so dass es in künftigen Stadtentwicklungsprozessen berücksichtigt wird. Verbunden mit dem Thema Sport und Bewegung wurden bereits weitere große, stadtweit relevante Themen in Coerde ausgemacht: Räumlichkeiten, Mobilität, Armut.

Erste Entwicklungen sind darüber hinaus sichtbar: So wurde das Projektteam, u.a. auch das Gesundheitsamt, z.B. frühzeitig in den Planungsprozess der Baugebiete an der Steinfurter Straße und der Busso-Peus-Straße eingebunden.

Weiterhin ist der Aufbau weiterer 4 Sportboxen, wie sie aktuell schon an der Sentruper Höhe in Betrieb ist, geplant. Interessierte Nutzer\*innen können sich über die App „Sportbox – app and move“ registrieren, im digitalen Terminkalender einen freien Slot buchen, die Box öffnen und das Material kostenfrei nutzen. Kleine Videosequenzen mit praktischen Übungsanleitungen zeigen, wie die Geräte richtig benutzt werden.

- Stärkung der organisierten Sport- und Bewegungsangebote in Coerde  
Hierbei ist vor allem die mangelnde Verfügbarkeit von Räumlichkeiten für Sport- und Bewegungsangebote Thema. Es braucht eine Optimierung der Nutzung der Sporthallen und Prüfung neuer Bewegungsräume. Bereits erreicht wurde, dass bei der Planung des Integrierten Stadtteilhauses am Hamannplatz ein Bewegungsraum berücksichtigt wird. Darüber hinaus soll der Coerder Sportverein SV Teutonia und damit die ehrenamtliche Vereinsarbeit gestärkt werden. Dies beinhaltet eine engere Einbindung des Sportvereins in die Netzwerkstrukturen im Stadtteil, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, das Schaffen neuer bedarfsgerechter Angebote sowie die Suche nach neuen Kurs-/ Übungsleitungen. Genau hieran arbeiten auch die beiden Sport- und Bewegungskordinatorinnen in Coerde.
- Gestaltung öffentlicher Räume als Bewegungsräume in Coerde  
Dieses Thema wird in verschiedenen Planungsprozessen berücksichtigt, so z.B. bei der Planung des Hamannplatzes, der auch Spiel- und Bewegungselemente enthalten wird. Darüber hinaus soll der angrenzende Spielplatz erneuert werden.
- Mehr anerkannte Bewegungskindergärten  
2021 gab es 8 anerkannte Bewegungskindergärten. Inzwischen sind es „nur noch“ 7, da die Qualitätskriterien des Landessportbundes (LSB) nicht erfüllt wurden. Aufgrund der Pandemie war es nicht möglich diese Handlungsempfehlung voranzutreiben, da man Sportvereine und Kitas nicht wirklich zusammenbringen konnte. Der SSB hat das Thema aber weiterhin im Blick und will es jetzt wieder stärker fokussieren.
- Laufgruppe „Laufen gegen Depression“  
Das niederschwellige Angebot entstand in Kooperation vom Bündnis gegen Depression Münster, dem Verein für Gesundheitssport und Sporttherapie, dem Sportmagazin „Münster Aktiv“ und dem Gesundheitsamt. Es startet im August 2022 als Pilotprojekt (Karte als Anlage 4 und auf Nachfrage im Gesundheitsamt erhältlich). Die Teilnahme ist kostenlos, keine Anmeldung erforderlich und die Teilnehmenden werden auf dem individuellen Leistungsniveau abgeholt. Wenn Interessierte einen Termin verpassen oder nur mal reinschnuppern möchten, ist das kein Problem.  
Auf Nachfrage wird bestätigt, dass dieses Angebot zunächst als Pilot getestet werden wird. Je nach Annahme des Angebotes, können solche Gruppen sicherlich auch in anderen Stadtteilen angeboten werden.
- Navigator/ Interaktive Karte als Baustein für die muenster:app  
Das Sportamt wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund Münster einen externen Dienstleister mit der Ausschreibung und Vergabe für eine

Sportentwicklungsplanung zu beauftragen. Ziel des Projektes soll sein die Transparenz über die vorhandenen Angebote zu erhöhen. Als „integriertes gesamtstädtisches Sportentwicklungskonzept“ sollen enge Bezüge zwischen Freiraum-, Stadt- sowie Jugend- und Schulentwicklungsplanung für das gesamte Stadtgebiet Münsters und allen Bevölkerungsgruppen zur Öffnung des gesamten städtischen Raums für Sport und Bewegung geschaffen werden. Die Ausschreibung ist erfolgt. Mitte August findet eine Jurysitzung statt, wo die Bewerber sich und ihre Planungen vorstellen.

Von den Mitgliedern der KGK wird nochmals die Nutzung des öffentlichen Raumes als Bewegungsräume und die ggf. damit einhergehenden Differenzen bzgl.

Lärmbelästigung, etc. z.B. bei Nutzung von Spielplätzen und Schulhöfen angesprochen und wie wichtig damit einhergehend eine gute vorzeitige Absprache und Partizipation ist. Frau Heitkötter stellt dar, dass dies in Coerde schon geschafft wird und diese Herausforderungen bei Stadtplanung und –entwicklung immer mitgedacht werden müssen.

Frau Wilkens hebt positiv hervor, wie viele Handlungsempfehlungen sich trotz der angespannten Lage bereits im Umsetzungsprozess befinden.

d) Gründung einer Pflegekammer (Frau Diedenhofen für Frau Kempe)

Mit der Wahl der Kammerversammlung im Oktober 2022 wird es ein demokratisches Instrument für die Pflege geben. 220.000 Kolleg\*innen sind aufgerufen sich bis zum 22. August 2022 zu registrieren und damit die Wahlberechtigung zu erhalten. Die Pflegekammer wird ihre Arbeit mit ihrer ersten konstituierenden Sitzung voraussichtlich im Dezember 2022 in der Geschäftsstelle in Düsseldorf-Kaiserswerth aufnehmen.

e) Antrag an den Rat „Gesundheitskiosk und -leeze“ (Frau Diedenhofen für Frau Kempe)

Bündnis90/DIE GRÜNEN/GAL, SPD und Volt haben zusammen im Mai den Antrag an den Rat „Gesundheit für Alle – der Gesundheitskiosk und die Gesundheitsleeze für Münster“ eingebracht. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Einrichtung eines Gesundheitskiosks in Verbindung mit einer Gesundheitsleeze zu prüfen. Es sollen in enger Abstimmung mit den Kliniken in Münster, den Ärztenetzwerken und unter Einbeziehung weiterer Akteure aus dem Gesundheits- und dem sozialen Bereich sowie den in Münster ansässigen Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung ein entsprechender Konzeptentwurf entwickelt und die entstehenden Kosten dargestellt werden. Zur Finanzierung soll die Einbeziehung der Kassen und Träger gesundheitlicher Einrichtungen angestrebt werden. Die Verwaltung soll im 4. Quartal über den Stand der Planungen berichten. Das Gesundheitsamt wird Mitglieder der KGK kontaktieren und konkret ansprechen, um ein Konzept zu entwickeln. Erfahrungen anderer Kommunen, wie Hamburg und Essen werden mit einbezogen.

|                                 |                                                                  |
|---------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 4 der Tagesordnung</b> | <b>Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)</b> |
|---------------------------------|------------------------------------------------------------------|

Herr Prof. Seifert, Sprecher der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) und Ärztlicher Direktor der Forensischen Psychiatrie der Alexianer (Christophorus-Klinik), berichtet über die Themen, mit denen sich die PSAG in ihrer letzten Sitzung beschäftigt hat:

- Stationsäquivalente Behandlungen / Hometreatment

Prof. Dr. Hans-Jörg Assion, ärztlicher Direktor der LWL-Klinik Dortmund, berichtete von den positiven Erfahrungen des interdisziplinären Hometreatments als Alternative zur herkömmlichen vollstationären Krankenhausbehandlung. Hierdurch könnten die starren Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Behandlung aufbrechen. Personen, die keinen Klinikaufenthalt möchten (z.B. Menschen mit Zwangserkrankungen), werden durch dieses Angebot erreicht und die Erfahrungen zeigten, dass weniger Medikamente nötig seien.

Frau Dr. Dieckmann fragt nach, welche Fachrichtungen zu den interdisziplinären Teams gehören würden und ob es in Münster bereits Ambitionen in diese Richtung geben würde. Herr Prof. Seifert berichtet, dass dieses Konzept in Münster noch nicht umgesetzt wird. Schwierigkeiten zeigen sich hier bei der Finanzierung, da Kliniken Betten „aufgeben“ müssten. Tageskliniken könnten hier ggf. eher in die Umsetzung kommen.

Herr Wölter bestätigt, dass die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) sehr interessiert an der Thematik sei und eine Einführung in Münster unterstütze. Der weitere Austausch mit Prof. Assion wäre wichtig und wünschenswert.

- Frühwarnsystem für Personen mit einem hohen Risikopotential  
Herr Schnabel vom Polizeipräsidium berichtete über das „PeRisikoP NRW“, als Handlungskonzept zur Früherkennung von und dem Umgang mit akut psychisch kranken Personen mit RisikoPotenzial. Ziel ist das möglichst frühzeitige Erkennen von Personen, die aufgrund ihres Verhaltens längerfristig im Rahmen ihrer psychischen Erkrankung eine Gefahrenlage für Leib und/ oder Leben anderer Personen verursachen sowie das Ermöglichen von Interventionsmaßnahmen auch in Rückblick auf die Amokfahrt von 2018.
- Ambulante psychotherapeutische Versorgung insbesondere von Kindern und Jugendlichen in Münster  
Die Abdeckung ist rein rechnerisch in Münster gegenüber dem ländlichen Raum sehr gut und liegt bei 209%. Die Wartezeit beträgt allerdings immer noch ein halbes Jahr. Eine schnelle Versorgung ist nicht gewährleistet.
- Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationsvorgeschichte  
Geflüchtete Menschen aus der Ukraine sind bisher (Stand April 2022) wenig in der Beratung angekommen. Der LVR-Klinikverbund hat das Amt des Integrationsbeauftragten eingeführt.
- Arbeitskreis „Wohnen“  
Im AK „Wohnen“ wurden mehrere Ideen zur besseren Versorgung und Vermittlung von Menschen mit Behinderungen in Wohnraum entwickelt.
- Arbeitskreis „Demenz“  
Im Fokus stand die Planung einer Aktion zum Welt-Alzheimer-Tag.
- Arbeitskreis „Medien- und Onlinesucht“  
Auswirkungen der Pandemie und des Lockdowns sind als Langzeitfolgen grade im Kindes- und Jugendalter zu sehen. Kinder und Jugendliche müssen im Umgang mit Medien, vor allem hinsichtlich Straftaten und Cybermobbing besser aufgeklärt werden.
- Arbeitskreis „Psychische Erkrankung in Familien“  
Schwerpunktthemen in der letzten Sitzung waren die Transitionspsychiatrie, der Übergang der Kinder/Jugend- in die Erwachsenenpsychiatrie.
- Bündnis gegen Depression  
Herr Prof. Reker als Sprecher des Bündnisses hält weiterhin regelmäßig Vorträge und Fortbildungen. Aktuell findet im Kooperation mit der Friedrich-Hund-Gesellschaft, ein Verein zur Förderung der künstlerischen Fotografie, eine Ausstellung im Stadtmuseum der Künstlerin Nora Klein statt (22.3.-11.9.2022). Am 5. Mai fand dazu eine Podiumsdiskussion im Erbdrostenhof statt.
- Projektgruppe „Suizidprävention“  
Dauerthema der Projektgruppe ist das Hauptziel der Enttabuisierung und die Aufklärung. Es werden eine Vielzahl von Veranstaltungen dazu organisiert und angeboten.

Die KGK ist gem. §12, Abs. 2 des Rettungsgesetzes NRW aufgerufen, eine Stellungnahme zum Entwurf des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster (Anlage 05) zu geben. Herr Wingler-Scholz als Leiter der Feuerwehr Münster und Herr Prof. Bohn als ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes der Feuerwehr Münster stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation die wichtigsten Ergebnisse der Rettungsdienstbedarfsplanung vor. Weiterhin wird über den als Tischvorlage bereitgestellten Antrag zum Betrieb eines Telenotarzt-Systems für die Kreise Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt, Warendorf und die Stadt Münster berichtet. Durch dieses System, was vom MAGS Zustimmung erhalten hat, soll das Rettungsdienstfachpersonal von 150 Rettungswagen der genannten Kreise ab 2023 telemedizinisch unterstützt werden. (Anlage 06)

Herr Wolfgarten erkundigt sich im Anschluss an den Bericht nach der Bedeutung des Erreichungsgrades von 90 %. Es ist festzustellen, dass die planerische Größe von 90% Erreichungsgrad durch höchsttrichterliche Rechtsauslegung kommentiert wurde. Diese bedeutet, dass die tolerierte Abweichung zur Überschreitung von 8 min Hilfsfrist (Innerstädtisches Einsatzkerngebiete) bzw. 12 min Hilfsfrist für Einsatzaußenbereiche bei einem von zehn Notfalleinsätzen liegen darf. Eine Planung mit 100 % Erreichungsgrad sei lebensfremd.

Zudem wird die Frage der Umsetzung zu notwendigem Personal bei den vorgestellten priorisierten dislozierten Rettungswachen-Standorten gestellt. Hier ist festzuhalten, dass das Personal aus den Kräften der Berufsfeuerwehr vorgesehen wird, da es sich bei den Prioritäten um Standortverlagerungen von Rettungswagen handelt. Dem Neubau der Feuer- und Rettungswache 3 in Hilstrup kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Herr Haverkock, Volt Vertreter, wünschte die konkretisierende Erläuterung der Auswirkung eines festgestellten Erreichungsgrades von kleiner 5 % im Südosten in der Stadtteilversorgung Wolbeck. Das bedeutet, dass bei 81 Einsätzen in dem Bereich bei 77 Einsätzen pro Jahr mit längeren Eintreffzeiten am Notfallort gerechnet werden kann. In 79 % dieser Fälle sind die Eintreffzeit bis zu drei Minuten verlängert. Die Art der Verletzung wird erst am Einsatzort genau feststellbar sein. Festzuhalten ist, dass diese Erkenntnis zur Auflösung durch einen dislozierten Standort schnellstmöglich anzustreben bleibt.

Abschließend wird das weitere Vorgehen erläutert. Nach dem Vorliegen der schriftlichen Stellungnahmen werden diese im Juli 2022 gesichtet und bewertet. Im August wird eine Mitteilung im zuständigen Ausschuss für Personal, Digitalisierung, Organisation, Sicherheit und Ordnung vorgesehen.

Die KGK sieht keinen weiteren Bedarf zur schriftlichen Stellungnahme. Die bisher eingegangenen Rückmeldungen wurden vorab an den Rettungsdienst der Stadt Münster weitergeleitet.

| <b>Punkt 6 der Tagesordnung</b> | <b>Bericht über die EntschlieÙung der Landesgesundheitskonferenz (LGK)</b> |
|---------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|
|---------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|

Frau Diedenhofen berichtet in Vertretung für Frau Kempe von der EntschlieÙung vom vergangenen Jahr zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen. In den Handlungsempfehlungen der LGK werden zu den Bereichen Ausbau und Erhöhung der Attraktivität der Ausbildungskapazitäten, Studienplatzbedarfe, usw. an Land und Hochschulen, Arbeitgeber, Berufsverbände, Forschung und Lehre, Kammern und den Öffentlichen Gesundheitsdienst gerichtet.

Frau Schulte-Sienbeck berichtet in diesem Zusammenhang von der am 27.10.22 von 15 bis 18 Uhr geplanten Veranstaltung zur Pflegeausbildung in Münster.

Ziel der Veranstaltung ist, die Auswirkungen der Umstellung auf die generalistische Pflegeausbildung zu erfassen und mögliche Handlungsbedarfe auf kommunaler Ebene zu eruieren (vgl. Vorlage [V/0456/2021](#)). Die Veranstaltung war eigentlich bereits für den 05.03.2020 geplant, konnte aber pandemiebedingt nicht stattfinden.

Die Veranstaltung wird durch das Sozialamt in Kooperation mit dem Gesundheitsamt, dem Jobcenter und der Bezirksregierung organisiert. Eingeladen werden Vertreterinnen und Vertreter der schulischen und praktischen Pflegeausbildung - sowohl der Krankenhäuser als auch der Altenpflegeeinrichtungen und -dienste sowie die im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen. Darüber hinaus werden Mitarbeitende der Ausländerbehörde und der Agentur für Arbeit vertreten sein.

An dem Nachmittag sollen zunächst Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende zu Wort kommen. In Workshops wird es anschließend darum gehen, sektorenübergreifend über verschiedene Aspekte zu diskutieren, wie

- Stärkung der Ausbildung
- Möglichkeiten der Kommune
- Vernetzung der Einrichtungen

Herr Wölter dankt für das Engagement und das Aufgreifen des Ratsantrags und regt an, dass das Thema Refinanzierung / Investitionskosten mit der Frage nach möglichen, notwendigen Angleichungen von Krankenhaus und Altenpflege aufgegriffen werden sollte.

Herr Dr. Oen und Herr Dr. Büchter weisen auf den enormen Fachkräftemangel in den ärztlichen Praxen hin und bitten darum das Angebot diesbezüglich zu erweitern. Die Mitglieder der KGK unterstreichen dies und weisen auf den Arbeitskräftemangel in allen Bereichen (Therapeuten, Rettungsdienst, etc.) hin.“

|                                 |                                                                      |
|---------------------------------|----------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 7 der Tagesordnung</b> | <b>"Ernährung: Gesundheit und Klimaschutz" als Jahresthema 2022?</b> |
|---------------------------------|----------------------------------------------------------------------|

Frau Diedenhofen, Dipl. Oecotrophologin beim Gesundheitsamt, stellt die Hintergründe und Ziele des Themas als mögliches neues Jahresthema den Mitgliedern der KGK vor. Herr Tönningsen unterstreicht die Notwendigkeit der Thematik und erklärt seine Mitarbeit. Die Mitglieder der KGK werden aufgerufen ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an der Arbeitsgruppe der Geschäftsstelle der KGK zu melden. (Anlage 07)

Das Thema wird einstimmig als neues Jahresthema beschlossen.

|                                 |                                                                              |
|---------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 8 der Tagesordnung</b> | <b>Gesundheitliche Aspekte der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine</b> |
|---------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|

Frau Schomaker, Ärztin beim Gesundheitsamt, stellt die aktuellen Zahlen der aus der Ukraine nach Münster geflüchteten Menschen sowie die Aktivitäten des Gesundheitsamtes vor. (Anlage 08)

Frau Dr. Dieckmann erkundigt sich, inwiefern und wie geflüchtete Menschen, die privat in Gastfamilien untergekommen sind, von den Angeboten erfahren würden. Insgesamt ist, entgegen der bisherigen Flüchtlingsaufkommen, eine sehr gute Vernetzung der geflüchteten Menschen untereinander zu erkennen. Außerdem erreichen die städtischen Angebote Jeden und Jede, wenn sie Leistungen beantragen. Dies ist bei 2400 Personen der Fall.

Frau Andor fragt bzgl. der Finanzierung der Psychotherapie und dem Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern nach. Herr Dr. Schulze Kalthoff verweist auf Refugio als direkte adäquate Anlaufstelle in dieser Situation. Die Kosten für die PT werden wie bei allen

gesetzlich Versicherten übernommen. Durch den Übergang ins SGB II gibt es keine Leistungsbeschränkungen mehr für die Flüchtlinge. Die Dolmetscherkosten sind nicht Teil der Krankenversorgung und werden nicht von den Krankenkassen übernommen. Hierzu können Anträge auf Kostenübernahme an den Kostenträger (Jobcenter/ Sozialamt) gestellt werden.

|                                 |                                                                                  |
|---------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 9 der Tagesordnung</b> | <b>Einrichtungsbezogene Impfpflicht gem. § 20a Infektionsschutzgesetz (IfSG)</b> |
|---------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|

Herr Kuper, Sachbearbeiter im Gesundheitsamt, stellt die Vorgehensweisen und Zahlen bzgl. der am 10. Dezember 2021 mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes eingeführten einrichtungsbezogenen Impfpflicht gegen Covid-19 zum 16. März 2022 vor, die am 19. Mai 2022 durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. (Anlage 09)

Hiernach mussten Betroffene ihren Einrichtungsleitungen bis zum 15. März 2022 einen Immunitätsnachweis vorlegen. Ab Ende März 2022 wurden seitens des Gesundheitsamtes erste Anforderungsschreiben bei fehlenden Nachweisen an die Betroffenen geschickt.

Herr Kuper bestätigt auf Nachfrage, dass sich auch Praxisinhaber selbst dem Gesundheitsamt gemeldet hätten. Die bislang ausgesprochenen 48 Kündigungen setzen sich aus folgenden Arbeitsbereichen zusammen:

- 41 medizinisch/pflegerisch/betreuende Berufe (u.a. Alten- und Krankenpfleger\*innen, Schulbegleiter\*innen, Mitarbeitende im Krankentransport)
- 4 Reinigungs-/Küchenkräfte, Hausmeister etc.
- 3 Verwaltung/IT etc.

|                                  |                                                                                  |
|----------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 10 der Tagesordnung</b> | <b>Bericht über die Arbeit der Koordinierenden COVID-Impfeinheit (KoCi-Team)</b> |
|----------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|

Herr Kuper stellt im Anschluss die Arbeit der Koordinierenden COVID-Impfeinheit (KoCI) des Gesundheitsamtes vor. (Anlage 10)

Die in der letzten Folie vermerkte Impfquote von über 100% entsteht durch die Tatsache, dass auch Menschen, die nicht in Münster leben, hier geimpft und durch das RKI Münster und der Münsteraner Impfquote zugeordnet werden.

|                                  |                      |
|----------------------------------|----------------------|
| <b>Punkt 11 der Tagesordnung</b> | <b>Verschiedenes</b> |
|----------------------------------|----------------------|

Herr Wölter weist auf 3 wichtige und relevante Themen hin, die durch die kommunale Gesundheitskonferenz beachtet werden müssten. (Anlage 11)

- Seelische und Psychische Gesundheit in Münster
- Gesundheitsversorgung und Versorgungssicherheit in den Quartieren und Stadtteilen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf stärken
- Kurzzeitpflege in Münster stärken und ausbauen

Frau Schulte-Sienbeck unterstützt den letzten Themenvorschlag und bestätigt den deutlichen Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen in Münster. Es gebe zwar nominell 289 Kurzzeitpflegeplätze, bei dem größten Teil handele es sich aber um sogenannte „eingestreute“ Plätze in vollstationären Pflegeeinrichtungen. Diese stünden jeweils nur dann zur Verfügung, wenn sie nicht im Rahmen der Dauerpflege belegt seien. Wichtig sei daher ein Ausbau der sogenannten „solitären“ Kurzzeitpflegeplätze. Das Thema sei auch für die Krankenhäuser wichtig, da diese im Rahmen des Entlassmanagements für die Organisation der Anschlussversorgung zuständig seien. Die Suche nach einem Kurzzeitpflegeplatz gestalte sich aktuell sehr aufwändig, eine Aufnahme könne oft nicht kurzfristig gewährleistet werden. Grundsätzlich bestehe auch die Möglichkeit, Übergangspflege im Krankenhaus zu erbringen.

Die Schaffung weiterer solitärer Kurzzeitpflegeplätze scheitere aktuell insbesondere an den aus Sicht der Träger ungünstigen Rahmenbedingungen zur Finanzierung des Angebotes. Hier zeichneten sich jedoch perspektivisch weitere Verbesserungen ab. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommune zur Stärkung des Angebotes seien sehr begrenzt.

Die Anliegen werden zur Kenntnis genommen. Eine Bearbeitung soll in den zuständigen Gremien erfolgen.

Ergänzung: Frau Wilkens wird zusammen mit dem Gesundheitsamt, dem Sozialamt und dem Vertreter der PSAG mit den Beteiligten ein Gespräch führen, um die mögliche Weiterverfolgung der Anliegen zu klären.

Cornelia Wilkens  
Vorsitz

Jeanette Diedenhofen  
Schriftführung